

Nakba-Ausstellung beenden

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft Region Stuttgart e.V. protestiert dagegen, dass in der vhs Reutlingen die Nakba-Ausstellung gezeigt wird.

Die Ausstellung erklärt die Gründung des Staats Israel 1948 zu einer Katastrophe ("Nakba") und lehnt die nach internationalem Recht gültigen Grundlagen des Staates wie die Balfour-Deklaration und den UN-Teilungsplan ab.

Dass Israel gegründet wurde, ist eine große Errungenschaft. Nach 2.000 Jahren Verfolgung und Ermordung sind Jüdinnen heute mit Hilfe des Staates in der Lage, sich selber gegen Antisemitismus zu wehren. Die Ausstellung bewertet den Erfolg abschätzig als „israelisches Verständnis dieses Zeitabschnitts“. Sie unterschlägt, dass Israel eine Erfolgsstory auch für seine arabischen Einwohner ist. In keinem anderen Land im Nahen Osten genießen arabische Musliminnen mehr Menschenrechte und einen höheren Lebensstandard als in Israel. Das palästinensische Leid, das die Ausstellung beklagt, entstand nicht durch die Gründung des jüdischen Staates. Ursächlich ist der Judenhass, der die palästinensische Seite antreibt die Existenz Israels mit Krieg und Terror zu bekämpfen.

Die Ausstellung ist Teil der weltweiten "Boycott, Divest and Sanction" – Kampagne. Sie will Israel isolieren und vehement gegen Kooperation und internationale Verständigung vorgehen. Produkte aus Israel sollen nicht gekauft werden, Künstlerinnen nicht in Israel auftreten und Wissenschaftler aus Israel nicht eingeladen werden. Aktuell soll Israel als Austragungsort des Eurovision 2019 verhindert werden. Der Kampagne geht es nicht um Kritik israelischer Politik, sie zielt gegen die Existenz des jüdischen Staates schlechthin. Deshalb sind Boykottaufrufe antisemitisch, wie der Beauftragte der Landesregierung gegen Antisemitismus, Dr. Michael Blume, mit vollem Recht erklärt.

Der Referent des heutigen Abends, Dr. Reiner Bernstein, verteidigt die BDS-Kampagne gegen Kritik. Ein Vergleich der BDS-Kampagne mit dem NS-Aufruf „Kauft nicht bei Juden!“ sei abwegig, behauptet er ohne Begründung. Was von seinen Ansichten zu halten ist, zeigen die Beschlüsse des Bundestag und des Landtag von Baden-Württemberg. Sie verurteilen Boykottaufrufe gegen israelische Geschäfte aufs Schärfste und fordern, der BDS-Kampagne entschlossen entgegenzutreten.

Auch vhs Reutlingen steht in der Verantwortung, Ressentiments gegen Israel nicht weiter zu schüren und antisemitischen Aussagen entgegen zu treten. Wir fordern die vhs auf, ihre Verantwortung wahrzunehmen und die Nakba-Ausstellung zu beenden.

Aussagen des Bundestags und des Landtags BW gegen die BDS-Kampagne auf der Rückseite.



DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.

Beschluss des Bundestages - Antisemitismus entschlossen bekämpfen

Drucksache 19/144, 16.1.2018, Seite 4, III. 7.

„Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf ... der weltweiten Bewegung ‚Boycott, Divestment, Sanctions‘ entschlossen entgegen zu treten. Der Deutsche Bundestag verurteilt den Aufruf zum Boykott israelischer Geschäfte und Waren sowie die Aufbringung von ‚Don't Buy‘-Schildern auf Waren aus Israel aufs Schärfste. Es ist Aufgabe der unabhängigen Justiz zu prüfen, inwieweit durch einen Boykott Straftatbestandteile, z.B. Volksverhetzung erfüllt sind, und gegebenenfalls angemessene Sanktionen gegen die Täterinnen und Täter zu verhängen.“

Beschluss des Landtags BW – Antisemitismus entschlossen bekämpfen

Drucksache 16/3622, 27.2.2018, Seite 3, II. 6.

„Der Landtag ersucht die Landesregierung ... der weltweiten Bewegung ‚Boycott, Divestment, Sanctions‘ entschlossen entgegen zu treten. Der Landtag von Baden-Württemberg verurteilt den Aufruf zum Boykott israelischer Geschäfte und Waren sowie die Aufbringung von ‚Don't Buy‘-Schildern auf Waren aus Israel aufs Schärfste. Es ist Aufgabe der unabhängigen Justiz zu prüfen, inwieweit durch einen Boykott Straftatbestandteile, z.B. Volksverhetzung erfüllt sind, und gegebenenfalls angemessene Sanktionen gegen die Täterinnen und Täter zu verhängen.“

Arbeitsdefinition von Antisemitismus (IHRA)

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und / oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen.“

Um die IHRA bei ihrer Arbeit zu leiten, können die folgenden Beispiele zur Veranschaulichung dienen:

Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten. Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden.

Antisemitismus umfasst oft die Anschuldigung, die Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass „die Dinge nicht richtig laufen“. Der Antisemitismus manifestiert sich in Wort, Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen, er benutzt unheilvolle Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge.

Aktuelle Beispiele von Antisemitismus im öffentlichen Leben, in den Medien, Schulen, am Arbeitsplatz und in der religiösen Sphäre können unter Berücksichtigung des Gesamtkontexts folgendes Verhalten einschließen, ohne darauf beschränkt zu sein: ...

- Das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z.B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen.
- Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert wird.
- Das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (z.B. der Vorwurf des Christumordes oder die Ritualmordlegende), um Israel oder die Israelis zu beschreiben.
- Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten. Das kollektive Verantwortlichmachen von Juden für Handlungen des Staates Israel.

Rabbi Lord Jonathan Sacks, Großbritannien

Einst wurden die Juden wegen ihrer Religion gehasst. Dann wegen ihrer Rasse und heute wegen ihres Nationalstaats. Antisemitismus bedeutet, den Juden das Recht zu verweigern, kollektiv als Juden zu existieren – mit den gleichen Rechten wie alle andere auch.